

Deutschland-Frankfurt am Main: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 70/2021 12/04/2021
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Goethe-Universität Frankfurt am Main
Postanschrift: Theodor-W.-Adorno-Platz 1
Ort: Frankfurt am Main
NUTS-Code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 60323
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): LBIH Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, NL Mitte, Zentrale Vergabe, Fachbereich Freiberufliche Leistungen
E-Mail: info.fbt@lbih.hessen.de
Fax: +49 6032 / 8862-126
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.uni-frankfurt.de
Adresse des Beschafferprofils: <https://vergabe.hessen.de>

I.2. Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://vergabe.hessen.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-17578c2876e-66d321781ebb5bdd

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://vergabe.hessen.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Objektplanung Gebäude gem. § 34 HOAI für den Neubau Center for Humanities
Referenznummer der Bekanntmachung: VG-7000-2020-1996

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Im Einvernehmen mit dem Land Hessen beabsichtigt die Goethe-Universität Frankfurt in eigener Bauherreneigenschaft den Neubau Center for Humanities am Campus Westend durchzuführen. Hierfür sollen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV die Leistungen der Objektplanung Gebäude gem. HOAI § 34 (LPH 5-9) vergeben werden.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 669 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE7 Hessen

NUTS-Code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Goethe-Universität Frankfurt am Main, Campus Westend

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Im Einvernehmen mit dem Land Hessen beabsichtigt die Goethe-Universität Frankfurt in eigener Bauherreneigenschaft den Neubau Center for Humanities am Campus Westend durchzuführen.

Es handelt sich um ein Institutsgebäude mit Büro- und Seminarflächen sowie Probebühne und Ausstellungsraum. Auf dem Baufeld befindet sich bereits das im Jahr 2018 fertig gestellte Gebäude des Deutschen Instituts für Pädagogische Forschung (DIPF). In dem Planungswettbewerb für das DIPF wurde auf den verbleibenden Restflächen des Baufeldes ein winkelförmiger Erweiterungsbau als zweiter Bauabschnitt eingeplant, der das Baufeld vollständig ausnutzt. Mit dem geplanten Center for Humanities soll das Baufeld nun vollständig ausgenutzt werden und die im Wettbewerb angedachte finale Endbebauung realisiert werden. Das Center for Humanities ist ein winkelförmiges, sechsgeschossiges Gebäude mit einem Untergeschoss. Die Gebäudegrundfläche weist die Abmessungen von ca. 12,00 x 50,00 m und ca. 8,50 x 10,00 m auf. Das Gebäude umfasst in seiner Gesamtheit eine Bruttogrundfläche von 4 221,00 m². Es wird in Massivbauweise erstellt. Die Fassade und Geschosshöhen lehnen sich in ihrer Ausführung an das vorhandene DIPF-Gebäude an. An der Gebäude Ost- und Westseite befinden sich ebenerdige Zugänge zu dem großzügigen Foyer, von diesem aus man in die oberen Geschosse, das Untergeschoss, wie zu einem Seminarraum und zu dem zweigeschossigen, stützenfreien Ausstellungsraum im Erdgeschoss gelangt.

Im Untergeschoss befinden sich Technikräume, die Toilettenanlage und eine zweigeschossige Probebühne. Die Probebühne ermöglicht den Studierenden des Instituts der Theater-, Film- und Medienwissenschaften das theoretisch angeeignete Wissen szenisch zu erproben.

Die benötigte Fläche für Seminare, szenische Projekte und studentische Initiativen wird im Center for Humanities bereitgestellt. Da für die Nutzungen keine Tageslichtanforderung besteht, kann die Probephase mit den dazugehörigen Lager- und Umkleidebereichen im Untergeschoss des Gebäudes verortet werden.

Das 1. Obergeschoss dient für die Lehre, hier befinden sich 3 Seminarräume und eine Lernzone. Von einem der Seminarräume hat man einen guten Blick von oben in den Ausstellungsbereich.

Die Flächen im 2. – 5. Obergeschoss dienen zur Büronutzung. Hier sind mehrere Zellenbüros für insgesamt 180 Arbeitsplätze platziert.

Ergänzend zu den Büroräumen werden Besprechungsräume, Teeküchen, WC`s und Aufenthaltsräume in den Büroetagen realisiert.

Die Objektplanung ist eine Eigenplanung der Goethe-Universität Frankfurt, die Planung wurde bereits aufgenommen und ist im Maßstab 1:100 ausgearbeitet. Die Objektplanung wird nur bis Leistungsphase 4 als Eigenleistung von der Goethe-Universität Frankfurt bearbeitet. Eine Übergabe der Planung und Beginn der Leistungsphase 5 ist für August 2021 vorgesehen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität, Kompetenzen und Erfahrung des Projektteams /
Gewichtung: 30,00

Qualitätskriterium - Name: Projektorganisation allgemein / Gewichtung: 25,00

Qualitätskriterium - Name: Qualitätssicherung beim konkreten Projekt / Gewichtung: 25,00

Kostenkriterium - Name: Grundleistungen incl. Nebenkosten und Besondere Leistungen /
Gewichtung: 16,00

Kostenkriterium - Name: Stundensätze / Gewichtung: 4,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 04/08/2021 Ende: 25/09/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Ausschluss von zu spät eingegangenen Bewerbungen,
2. Ausschluss formal unzureichender Bewerbungen,
3. Prüfung der Einhaltung von Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:

Siehe Punkt III.1.1), III.1.2); III.1.3), sowie ergänzend in den anzufordernden Bewerbungsunterlagen.

Gewichtung gem. Wertungsmatrix:

— Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für entsprechende Leistungen in den letzten 3 Jahren: Wichtung 12,5 %,

— Durchschnittliche Anzahl der festangestellten Mitarbeiter (Architekten / Dipl.-Ing. / Bachelor / Master) für entsprechende Leistungen in den letzten 3 Jahren: Wichtung 12,5 %,

— Referenzen: gemäß den unter III.1.3) benannten Auswahlkriterien Referenzen 1, 2 und 3 zu jeweils 25 %: gesamt 75 %.

Ggfs. Losentscheid bei gleichermaßen geeigneten Bewerbern.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Mit Abschluss des Vertrages wird die Leistungsphase 5 und die Besondere Leistung beauftragt. Die Leistungsphasen 6-9 sollen optional beauftragt werden, vorbehaltlich des Vorliegens der Haushaltsmittel. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter VI.3 genannten Form einzureichen:

- 1) Verbindliche Erklärung im Formular Bewerbungsbogen, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 GWB und § 124 Abs. 1 und Abs. 2 GWB vorliegen und dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist,
- 2) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 19. Dezember 2014, GVBl. S. 354 (HE 736),
- 3) Erklärung zum Nichtvorliegen von Vergabesperren (HE 739),
- 4) sofern die Gesellschaftsform dies erfordert:

Angabe der Befähigung zur Berufsausübung gemäß § 44 VgV und Eintragung in ein Berufs- und Handelsregister;

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende Bewerbungsunterlagen sind in der unter VI.3 genannten Form einzureichen:

- 1) Verbindliche Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 (3) VgV,
- 2) Verbindliche Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für die entsprechenden Leistungen in den letzten 3 Jahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV;

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn

die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 1) Mindestdeckung der Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut für Personenschäden 3 000 000,00 EUR, für sonstige Schäden 3 000 000,00 EUR, jeweils im Versicherungsjahr. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Im Falle einer bestehenden Versicherung mit geringerer Versicherungssumme: Eigenerklärung, dass die Summen im Auftragsfall mindestens bis zu den geforderten Summen angehoben werden.

Zu 2) Mindestanforderung an den Umsatz für entsprechende Leistungen

Im Bereich der Objektplanung Gebäude (gem. § 34 HOAI): mind. 300 000,00 EUR (netto)/Jahr.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der technischen Leitungsfähigkeit sind folgende Bewerbungsunterlagen in der unter VI.3) genannten Form vorzulegen:

- 1) Erklärung aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber beschäftigten Mitarbeiter, die Anzahl der Führungskräfte sowie die Anzahl an mit der Ausschreibung entsprechenden Leistungen betrauten festangestellten Architekten/Dipl.-Ingenieuren, Master- und Bachelorabsolventen in den letzten 3 Geschäftsjahren ersichtlich ist gem. § 46 Abs. 3 VgV.
- 2) Angabe und Nachweis der beruflichen Befähigung und Qualifikation der Führungskräfte sowie der vorgesehenen Person für die Projektleitung durch die Berechtigung die Berufsbezeichnung Dipl.-Ing./Master/Bachelor führen zu dürfen gem. § 46 Abs. 3 (8) VgV.
- 3) Darstellung von 3 Referenzen nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV für in den letzten acht Jahren erbrachte vergleichbare Leistungen mit Kurzbeschreibung der Referenz und folgenden Angaben:

— Art der Maßnahme (Neubau),

— Art der Nutzung (in Anlehnung an die Objektliste Gebäude gem. HOAI Anlage 10.2 für Ausbildung / Wissenschaft / Forschung oder Büro / Verwaltung (Hörsaalzentrum, Kongresszentrum, Bildungszentrum, Hochschulen, Universitäten, Akademien oder Büro- und Verwaltungsgebäude),

— Projektgröße, durch Angabe der Flächen und Baukosten (BGF, NUF, Gesamt brutto, KG 300 und 400, Honorarhöhe),

— Projektzeit / Alter der Referenz,

— Leistungsumfang des Bewerbers (Angabe der beauftragten und erbrachten Leistungsphasen nach HOAI),

— Benennung und Art des Auftraggebers (privater AG / öffentlicher AG, Bezeichnung, Anschrift, Kontaktdaten) mit Referenzperson des Auftraggebers.

Das Projektdatenblatt ist jeweils vollständig auszufüllen. Geforderte Anlagen sind beizulegen. Jede Referenz muss in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen belegt werden. Hierbei ist die Darstellung je Referenzprojekt auf max. 4 DIN A4 Blätter zu beschränken. Unterlagen, die unaufgefordert eingereicht werden, gehen nicht in die Wertung ein (z. B. Projektbroschüren).

Das Unternehmen erklärt, dass die von ihm angegebenen Projektdaten zutreffend sind. Referenzen, die als verantwortliche/r Projektleiter/in in einem früheren Arbeitsverhältnis erbracht wurden, werden gewertet, falls eine entsprechende schriftliche Bestätigung des Auftraggebers oder des ehemaligen Arbeitgebers vorliegt.

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122, GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu 1) Mindestanforderung an beschäftigte Mitarbeiter:

Nachweis über mindestens 5 Beschäftigte und davon mind. 3 festangestellte Architekten / Ingenieure für vergleichbare Leistungen der letzten 3 Jahre;

Zu 3) Es werden 3 vergleichbare Referenzprojekte gewertet. Mindestanforderungen an alle Referenzprojekte:

— es müssen Grundleistungen der Objektplanung Gebäude für die Leistungsphasen 5-8 § 34 HOAI beauftragt sein,

— alle Referenzen müssen nach 31.12.2012 mit der LPH 5 begonnen worden sein,

— alle Referenzen müssen eine Mindestgröße von 3 000 m² BGF aufweisen.

Bei Nichteinhaltung einer Mindestforderung wird die Referenz nicht gewertet.

Folgende Mindestanforderungen müssen durch die Gesamtheit der wertbaren Referenzprojekte abgedeckt werden. Es handelt sich hierbei um KO.-Kriterien, die Nichteinhaltung führt zum Ausschluss der Bewerbung am weiteren Verfahren:

— mindestens 2 Referenzprojekte müssen aus dem Bereich Neubau kommen und in der Komplexität (mindestens HZ III) vergleichbar sein,

— mindestens 2 Projekte müssen in Massivbauweise ausgeführt sein,

— mindestens 1 Projekt muss mit gleicher oder ähnlicher Nutzungsart in Anlehnung an die Objektliste Gebäude gem. HOAI Anlage 10.2 für Ausbildung / Wissenschaft / Forschung oder Büro / Verwaltung (Hörsaalzentrum, Kongresszentrum, Bildungszentrum, Hochschulen, Universitäten, Akademien oder Büro- und Verwaltungsgebäude oder vergleichbar) geplant und realisiert worden sein,

— mindestens 1 Projekt muss teilweise mit Naturstein- bzw. Betonsteinfassade ausgeführt sein, Fläche Naturstein min. 500 m²,

— mindestens 2 Projekte bis Leistungsphase 8 abgeschlossen und an den Nutzer übergeben,

— mindestens 1 Projekt muss nach öffentlichen Vergabevorschriften durchgeführt worden sein.

Vorbehalten wird die Nachprüfung aller Angaben des Projektdatenblatts.

Bei Erfüllung der Mindestanforderungen erfolgt die Wertung der Referenzen anhand der Wertungskriterien gem. Wertungsmatrix 743_EU_Matrix Stufe 1, wobei Zusatzpunkte für eine vergleichbare Aufgabenstellung (Neubau EnEV 2009 minus 50 %) erreicht werden können.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Der Zulassungsbereich umfasst sämtliche EWR-Mitgliedstaaten sowie Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen GPA. Teilnahmberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Architekt / Ingenieur zu führen.

Ist in dem Heimatstaat des Bewerbers die Berufszeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Anforderung als Architekt / Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstige Befähigungsnachweise verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005

/36/EG – Berufsanerkenntnisrichtlinie – gewährleistet ist und den Vorgaben des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikation (ABl. EU Nr. L 255 S.22) entspricht.

Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an die natürliche Person gestellt werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Bewerbergemeinschaften (z. B. Arbeitsgemeinschaften) natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft teilnahmeberechtigt ist.

Mit der Bewerbung ist eine Erklärung über die Rechtsform, den bevollmächtigten Vertreter sowie über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder vorzulegen.

Bietergemeinschaften müssen sämtliche geforderten Nachweise für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft vorlegen.

Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Bietergemeinschaft ist darzustellen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 10/05/2021 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Zur Abgabe der notwendigen Eigenerklärungen sind zwingend die vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert der öffentliche Auftraggeber auch die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE).

Die ausgefüllten Unterlagen sind wie folgt einzureichen:

- 1) Die Teilnahmeanträge sind frist- und formgerecht ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform des Landes Hessen (<http://vergabe.hessen.de>) zu übermitteln. Es genügt die Textform nach § 126b BGB mit Angabe des Namens der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt.
- 2) Eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nur auf Anforderung zurückgegeben.
- 3) Im Falle von Bewerbergemeinschaften, Eignungsleihen durch andere Unternehmen (gem. § 47 VgV) und Unterauftragnehmern (gem. § 36 VgV) sind die Formblätter „Bewerbungsbogen“ inkl. der geforderten Anlagen und Nachweise von jedem Unternehmen einzeln einzureichen (HE 734).
- 4) Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung der Bewerbergemeinschaft einzureichen (HE 740).
- 5) Im Falle von Unternehmen nach § 47 VgV (Eignungsleihe) und/oder im Falle von Unternehmen nach § 36 VgV (Unterauftragnehmer) ist mit dem Teilnahmeantrag Art und Umfang der Teilleistungen zu benennen, für welche sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird (HE 741). Weiterhin ist eine Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen (HE 742).
- 6) Der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) als Zentrale Vergabestelle im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung, ist bei europaweiten Ausschreibungen seit 18. April 2017 zur elektronischen Kommunikation verpflichtet.
Dies bedeutet insbesondere, dass Angebote in offenen Verfahren, nicht offenen Verfahren oder in Verhandlungsverfahren nur elektronisch in Textform über die Vergabepattform des Landes Hessen eingereicht werden können.
Eine Angebotsabgabe per E-Mail entspricht diesen Anforderungen nicht!
Angebote, die nicht elektronisch in Textform über die elektronische Vergabepattform des Landes Hessen abgegeben werden, müssen vom Verfahren ausgeschlossen und dürfen bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden.
Interessenten, die an Verfahren im Bereich oberhalb der EU-Schwellenwerte teilnehmen wollen, registrieren sich bitte auf der Vergabepattform Hessen.
Dort können Sie sich die Vergabeunterlagen zur Ansicht in Ihren persönlichen Bereich herunterladen.
Zur Angebotsabgabe müssen Sie die Vergabeunterlagen im Bietercockpit öffnen, dort bearbeiten und so das erstellte Angebot über das Bietercockpit digital abgeben.
- 7) Die unter I.1 angegebene Kontaktstelle: Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen, NL Mitte, Zentrale Vergabe, Fachbereich Freiberufliche Leistungen ist Verfahrensbetreuer.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium
Darmstadt

Postanschrift: Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Telefon: +49 6151-12-0

Fax: +49 6151-12-6347

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Auf die Rügepflichten gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen, insbesondere auf die Frist des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB: Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/04/2021